



Christoph Dreyer ist Islamwissenschaftler und freier Journalist. Er berichtet für deutschsprachige Medien über die arabische und islamische Welt, insbesondere über die Länder der Arabischen Halbinsel.

UMBRUCH IM JEMEN

HINTERGRÜNDE UND PERSPEKTIVEN EINER REBELLION MIT UNGEWISSEM AUSGANG

Christoph Dreyer

Der Jemen schafft es traditionell selten in die internationalen Schlagzeilen – meist nur dann, wenn westliche Ausländer entführt werden oder militante Islamisten von sich reden machen. Zu gering ist das politische und wirtschaftliche Gewicht des Landes an der Südspitze der arabischen Halbinsel, als dass es ohne ungewöhnliche Vorkommnisse größere Aufmerksamkeit auf sich ziehen würde. Auch seit Beginn der Proteste in der arabischen Welt ist der Jemen nur punktuell ins Bewusstsein einer breiteren westlichen Öffentlichkeit gerückt. Dabei sind die politischen Umwälzungen, die dort seit Anfang des Jahres in Gang gekommen sind, nicht weniger dramatisch als diejenigen in Tunesien, Ägypten, Libyen oder Syrien.

Auch im Jemen hat eine zu wesentlichen Teilen von jungen, außerhalb der etablierten Opposition stehenden Aktivisten getragene Massenbewegung die Fundamente eines lange unverrückbar scheinenden Systems ins Wanken gebracht. Nicht zuletzt hat sie erreicht, dass die Tage des seit 33 Jahren regierenden Präsidenten Ali Abdullah Salih an der Macht gezählt zu sein scheinen. Dabei hatte Salih sich eigentlich gerade angesichert, seinen Herrschaftsanspruch bis über das Jahr 2013 hinaus zu sichern – dem spätesten Zeitpunkt also, zu dem er nach dem Wortlaut der Verfassung abtreten müsste.

Wie die politischen Kräfteverhältnisse künftig aussehen werden, bleibt auch nach Salih's Rücktrittsankündigung offen – aber eine Rückkehr zur politischen Tagesordnung ist nicht so schnell vorstellbar, zumal die Oppositionsbewegung auch im Regime eine Lagerbildung ausgelöst hat. Im jedem Fall könnte die Instabilität im Jemen einschneidende

Folgen für die Sicherheitslage im Süden der arabischen Halbinsel sowie am Horn von Afrika haben. Schon deshalb sollten der Westen die Ereignisse nicht ignorieren, aber den Blick auch nicht auf eine allzu eng verstandene Sicherheitsperspektive beschränken.

VOLKSWIRTSCHAFT AM ABGRUND

Der Jemen ist das ärmste Land der arabischen Welt. Der Internationale Währungsfonds schätzt, dass 43 Prozent der 23 Millionen Bürger unter der Armutsgrenze leben. Die Wirtschaftsleistung wird auf weniger als 900 US-Dollar pro Kopf beziffert. Die Bevölkerung wächst um

jährlich 2,9 Prozent, was eine Verdoppelung binnen 25 Jahren bedeutet. Der Ölboom in den benachbarten Golfstaaten brachte zwar in den 1970er und 1980er Jahren Hunderttausende Jemeniten als Gastarbeiter in Lohn und Brot. Doch kurz nach der Vereinigung

Nord- und Südjemens 1990 ließ die Irak-Krise diese für viele jemenitische Familien wesentliche Einkommensquelle abrupt versiegen: Nach dem irakischen Überfall auf Kuwait wandte sich Präsident Salih gegen ein militärisches Eingreifen der internationalen Gemeinschaft. Saudi-Arabien und Kuwait schickten daraufhin die jemenitischen Arbeiter nach Hause, die nun als ungelernete Kräfte den heimischen Arbeitsmarkt überfluteten.

Nach dem irakischen Überfall auf Kuwait wandte sich Präsident Salih gegen ein militärisches Eingreifen der internationalen Gemeinschaft. Saudi-Arabien und Kuwait schickten daraufhin die jemenitischen Arbeiter nach Hause.

Der industrielle Sektor ist im Jemen immer unterentwickelt geblieben. Auch die Landwirtschaft ist längst kein Devisen-Bringer mehr wie einst zu Zeiten des Kaffee-Exports; heute muss das Land neunzig Prozent des Grundnahrungsmittels Weizen einführen. Ein stetig steigender Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird für den bewässerungsintensiven Anbau der Qat-Pflanze verwendet, einer leichten Droge, die im Jemen in nachmittäglichen Runden gemeinschaftlich konsumiert wird. Der Qat-Konsum lähmt deshalb nicht nur die Wirtschaftstätigkeit, sondern trägt – zusammen mit Bevölkerungswachstum, Klimawandel und ineffizienten Bewässerungsmethoden – auch dazu bei, den Grundwasserspiegel so schnell sinken zu lassen, dass etwa die Hauptstadt Sanaa möglicherweise in wenigen Jahren keinen Zugang zu wirtschaftlich nutzbaren Vorkommen mehr haben wird.

Die wichtigste Säule der jemenitischen Wirtschaft ist das Erdöl: Sein Verkauf macht rund 60 Prozent der Staatseinkünfte und 90 Prozent der Exporterlöse aus. Doch die in den 1980er Jahren entdeckten Vorkommen sind begrenzt, und die Fördermenge ist seit 2001 rückläufig.

Der breiten Bevölkerung kommen die Öleinnahmen kaum zugute. Stattdessen nutzte sie der innere Kreis des Regimes, um sich die Gefolgschaft politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Eliten zu kaufen.

Die bekannten Vorkommen könnten schon in zehn Jahren erschöpft sein, und der 2009 begonnene Export von verflüssigtem Erdgas wird die Einnahmeausfälle nur zum Teil ausgleichen. Der breiten Bevölkerung kommen die Öleinnahmen ohnehin kaum zugute.

Stattdessen hat der innere Kreis des Regimes von Präsident Salih sie genutzt, um sich die eigenen Taschen zu füllen und sich die Gefolgschaft politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Eliten zu kaufen.

Angesichts dieses desolaten Gesamtbilds wäre der Jemen schon aufgrund der wirtschaftlichen Lage in Gefahr, ein „gescheiterter Staat“ wie Somalia zu werden. Hinzu kommt eine politische Konstellation, die bereits vor Beginn der Massenproteste in mehrfacher Hinsicht explosiv war.

EIN POLITISCHES PULVERFASS

Seit 2004 hat sich die Armee im Bergland im äußersten Norden des Landes mehrere eskalierende Runden eines bewaffneten Konflikts mit den so genannten Huthi-Rebellen geliefert. Namensgeber für diesen Sammelbegriff ist die Kleriker-Sippe der Huthis, die im Gouvernorat Saada eine Art Erneuerungsbewegung anführt und für sich in Anspruch nimmt, die Identität der im nördlichen Jemen stark vertretenen zaiditischen Glaubensgruppe zu verteidigen. Tatsächlich speist sich der Konflikt aus Gefühlen religiöser, sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung einer chronisch unterentwickelten Region. Von einer ideologisch kohärenten Bewegung kann aber keine Rede sein; vielmehr haben sich im Laufe der Jahre soziale, kulturelle und finanzielle Motive mit dem Wunsch nach Verteidigung gegen staatliche Übergriffe zu einem immer schwerer durchschaubaren Gewebe verdichtet.

Die Kämpfe griffen phasenweise bis auf Gebiete nahe der Hauptstadt Sanaa über. Mehrmals wurden Waffenstillstände ausgehandelt, die aber jeweils nicht von Dauer waren. Nach Einschätzung des VN-Flüchtlingshilfswerks flohen rund 350.000 Menschen vor den Kämpfen; auch nach dem jüngsten Waffenstillstand im Februar 2010 kehrten nur wenige von ihnen in ihre Häuser zurück.

Zusätzlich verkompliziert wird der Konflikt durch seine internationale Dimension. Während die Regierungsseite den Rebellen eine (unbewiesene) iranische Unterstützung vorwarf, beschuldigten diese Salih, im Auftrag Saudi-Arabiens zu handeln. Ende 2009 und Anfang 2010 wurde das Königreich dann unmittelbar in die Kämpfe hineingezogen, als die Rebellen saudische Grenzposten angriffen. Saudi-Arabien reagierte darauf mit Luftangriffen auf Huthi-Positionen auf jemenitischem Boden. Bis die Kämpfe endeten, waren mehr als 130 saudische Soldaten gestorben.

Auch bei der Sezessionsbewegung im ehemaligen Südjemen fließen politische, soziale und wirtschaftliche Anliegen ineinander. Proteste südjemenitischer Ex-Offiziere, die im Sommer 2007 für höhere Pensionen demonstrierten, wurden – nicht zuletzt wegen der harten Reaktion der Sicherheitskräfte – zum Auslöser für eine breite, wenn auch wenig geschlossene Bewegung. In ihr macht sich die seit der Vereinigung angestaute Unzufriedenheit über die politische Übermacht des Nordens und mangelnde Investitionen in die südlichen Provinzen Luft sowie darüber, dass die Gewinne aus der Ausbeutung der überwiegend im Süden gelegenen Erdölfelder vor allem der Sippe des Präsidenten zugute kommen. Im Zuge der eskalierenden Konfrontation mit dem Regime hat die Bewegung mit der südjemenitischen Flagge ein mächtiges Symbol gefunden. Legten ihre Anführer ursprünglich Wert auf Gewaltlosigkeit, so haben sich die Proteste im Laufe der Zeit zum Teil radikalisiert: Sowohl die Rufe nach einer Abspaltung vom Norden als auch die Schießereien mit den Sicherheitskräften wurden häufiger.

Proteste südjemenitischer Ex-Offiziere wurden zum Auslöser für eine breite Bewegung. Legten ihre Anführer ursprünglich Wert auf Gewaltlosigkeit, so haben sich die Proteste im Laufe der Zeit zum Teil radikalisiert.

Eine starke Präsenz religiöser Extremisten gibt es im Jemen seit der Rückkehr der "arabischen Afghanen" aus dem Kampf gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan nach 1989.

Eine dritte interne Front für den jemenitischen Staat bildet die Auseinandersetzung mit militanten Islamisten und vor allem mit Al-Qaida. Eine starke Präsenz religiöser Extremisten gibt es im Jemen seit der Rückkehr der „arabischen Afghanen“ aus dem Kampf gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan nach 1989. Manche der Kämpfer wurden in die Sicherheitskräfte integriert, viele im Bürgerkrieg 1994 gegen die südjemenitischen Separatisten eingesetzt. Größere Anschläge verübten sie im Jemen in den 1990er Jahren nicht; insbesondere wandten sie sich nicht unmittelbar gegen Interessen der Regierung in Sanaa, sondern nutzten den Jemen in erster Linie als Rückzugsgebiet.

Weithin wird davon ausgegangen, dass es in dieser Zeit eine Art Stillhaltepakt zwischen beiden Seiten gab. Dieser galt offenbar selbst nach dem Selbstmordattentat auf das US-Kriegsschiff USS Cole im Hafen von Aden im Jahr 2000 und den Anschlägen vom 11. September 2001 weiter, als die US-Regierung den Jemen zum Frontstaat im „Krieg gegen den Terror“ ausrief und die Regierung in Sanaa offiziell mit den USA bei der Terrorbekämpfung kooperierte. Zumindest gab es immer wieder Ungereimtheiten im Umgang des Salih-Regimes mit den Islamisten, darunter wiederholte, offenkundig taktisch motivierte Freilassungen hochrangiger inhaftierter Terrorverdächtiger und eine häufig sehr beschränkte Bereitschaft zur Kooperation mit den US-Behörden bei der Strafverfolgung mutmaßlicher islamistischer Gewalttäter.

Seit gut fünf Jahren hat sich jedoch innerhalb der militanten jemenitischen Islamistenszene zunehmend eine jüngere Generation von Aktivisten durchgesetzt, die eine direkte Konfrontation mit dem Salih-Regime sucht. Dies untermauerte sie mit immer häufiger werdenden Anschlägen auf westliche Ziele im Jemen, darunter Botschaften, Ölgesellschaften und Touristen. Diese Extremisten gründeten einen jemenitischen Al-Qaida-Ableger, zu dessen Anführern mehrere der 23 verurteilten Top-Terroristen gehörten, die 2006 unter mysteriösen Umständen aus einem Gefängnis in Sanaa flohen.

Anfang 2009 gab die Gruppe bekannt, dass sich ihr auch Al-Qaida-Extremisten aus Saudi-Arabien angeschlossen hätten, wo sie seit 2003 durch zunehmenden Verfolgungsdruck der Behörden massiv geschwächt worden waren; nach außen dokumentiert wurde dies mit dem neuen Namen „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAP). Neben Anschlägen im Jemen hat diese Gruppe mit Attentaten in Saudi-Arabien sowie auf Ziele im Ausland auf sich aufmerksam gemacht, darunter dem versuchten Anschlag des „Unterhosenbombers“ Umar Farouk Abdulmutallab auf ein US-Flugzeug Ende 2009 und den im Oktober 2010 gefundenen Paketbomben in Luftfracht-Maschinen. US-Vertreter stufen AQAP mittlerweile als diejenige Al-Qaida-Filiale ein, von der die größte Bedrohung für die Vereinigten Staaten ausgehe.

Dass sich AQAP vom Jemen aus zu einer solchen Bedrohung auswachsen konnte, macht deutlich, welche Risiken für die Region wie auch für westliche Sicherheitsinteressen ein Zusammenbruch der staatlichen Ordnung im Jemen birgt. Es zeigt aber auch, dass das bisherige Regime unter Präsident Salih nicht willens oder in der Lage gewesen ist, auf seinem Territorium wirksam für den Schutz solcher Interessen zu sorgen.

MASSENMobilisierung von Unten

Die Anfänge der jemenitischen Protestbewegung reichen bis ins Jahr 2007 zurück. Damals begann eine Gruppe von Aktivistinnen um die Vorsitzende der Organisation Journalistinnen ohne Ketten, Tawakkul Karman, wöchentliche Demonstrationen in Sanaa. Zunächst ging es um mehr Pressefreiheit, mehr Zeitungslizenzen oder die Freilassung inhaftierter Journalisten. Im Laufe der Zeit engagierten sie sich zunehmend auch für Demokratie und Menschenrechte im Allgemeinen.

Zunächst ging es bei den Protesten um mehr Pressefreiheit, mehr Zeitungslizenzen oder die Freilassung inhaftierter Journalisten.

Die Revolution in Tunesien gab dieser noch randständigen Bewegung eine neue Stoßrichtung. Statt sich wie bisher für einzelne, schrittweise Verbesserungen im Land einzusetzen, forderten nun auch die Demonstranten im Jemen

den Sturz des Regimes. „Tunesien war unsere Lösung“, hat Karman über diesen Schwenk gesagt. „Das Problem in unserer Gesellschaft ist das Regime, genau wie in Tunesien. Das ganze Regime muss weg.“

Am 15. Januar, einen Tag nach der Flucht von Präsident Zine el Abidine Ben Ali aus Tunesien, begannen ein paar Dutzend Studenten, Demokratie-Aktivisten und Oppositionelle, auf dem Platz vor der Universität Sanaa ihre Solidarität mit der Revolution in dem nordafrikanischen Land zu bekunden und den sofortigen Rücktritt von Staatspräsident Salih zu fordern. In den darauffolgenden Tagen kam es zu weiteren Kundgebungen. Ihre Slogans ähnelten denen der Revolutionäre in Tunesien und Ägypten: Sie wandten sich gegen Korruption und Brutalität des Regimes, mangelnde politische Mitsprachemöglichkeiten, das Fehlen von Perspektiven für die Jugend, aber auch gegen die Untätigkeit der etablierten Opposition.

Die Demonstranten wandten sich gegen Korruption und Brutalität des Regimes, mangelnde politische Mitsprachemöglichkeiten, das Fehlen von Perspektiven für die Jugend, aber auch gegen die Untätigkeit der etablierten Opposition.

Fast zeitgleich mobilisierten die im Oppositionsbündnis JMP zusammengeschlossenen Parteien Tausende Anhänger zu einer Serie von Demonstrationen gegen die Ankündigung des Regierungslagers, dem Präsidenten mit Hilfe einer Verfassungsänderung den Weg für einen Verbleib im Amt über das Jahr 2013 zu ebnen: Salih kam zwar schon 1978 im damaligen Nordjemen an die Macht und wurde bei der Vereinigung mit dem ehemals sozialistisch regierten Süden 1990 Staatschef des vereinigten Jemen. Einer Wahl stellte er sich aber erstmals 1999, so dass seine laut Verfassung maximal zulässige zweite Amtszeit von sieben Jahren 2013 endet. Die angestrebte Reform hätte die Amtszeit auf fünf Jahre verkürzen, zugleich aber die Beschränkung auf zwei Amtsperioden aushebeln sollen und hätte Salih damit den Weg zu einer Regierung auf Lebenszeit geebnet. Ein sofortiger Rücktritt des Präsidenten gehörte zunächst aber nicht zu den Forderungen der etablierten Opposition.

In einer Rede vor dem Parlament signalisierte Salih am 2. Februar Kompromissbereitschaft und zeigte sich unter anderem bereit, die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen auf Eis zu legen sowie auf eine Verlängerung seiner

Amtszeit und eine Nachfolgeregelung – sprich: eine Machtübergabe an seinen Sohn Ahmed – zu verzichten. Der Opposition bot er die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit an.

Die Anti-Regime-Demonstrationen wurden dennoch immer größer, nachdem in Ägypten am 11. Februar Präsident Hosni Mubarak gestürzt war. Noch am gleichen Tag gingen in mehreren jemenitischen Städten Tausende Menschen auf die Straße, um den Sieg der Revolution am Nil zu feiern und einen Wandel auch für ihr eigenes Land zu fordern. Die Demonstrationen fanden nun täglich statt und nahmen den aus Tunesien und Ägypten vertrauten spontanen und betont gewaltfreien Charakter an. Angeführt wurden sie von Jugendaktivisten und Akteuren aus der Zivilgesellschaft wie Tawakkul Karman, die für ihr gewaltfreies Engagement mittlerweile zusammen mit zwei Liberianerinnen den diesjährigen Friedensnobelpreis zuerkannt bekommen hat.

Am Tag nach dem Sturz des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak gingen in mehreren jemenitischen Städten Tausende Menschen auf die Straße, um einen Wandel auch für ihr eigenes Land zu fordern.

Die Sicherheitskräfte reagierten von Anfang an mit Härte; schon in den Tagen nach dem Sturz Mubaraks gab es erste Tote und mehr als 100 Verletzte unter den Demonstranten. Wohl zum Teil als Reaktion auf die Gewalt schwollen die Proteste nach dem Freitagsgebet am 18. Februar erstmals auf Zehntausende Teilnehmer an. Zwei Tage später erklärte die Oppositionskoalition JMP, solange das Regime gewaltsam gegen friedliche Demonstranten vorgehe, komme ein Dialog nicht infrage. Zugleich rief das Bündnis seine Anhänger auf, sich den friedlichen Protesten anzuschließen.

In den Tagen und Wochen darauf wuchs der Druck auf Salih immer weiter. In Sanaa entstand auf dem Vorplatz der Universität eine Zeltstadt als permanentes Protest-Camp. Rebellen im Norden und Sezessionisten im Süden äußerten Unterstützung für die Ziele der Demonstranten. Aus Protest gegen die Gewalt gegen Demonstranten legten mehrere Parlamentsabgeordnete der Regierungspartei ihre Mandate nieder.

Am 18. März töteten Heckenschützen in Sanaa 52 Regierungsgegner. Drei Minister traten aus Protest zurück, bevor Salih mit der Entlassung des gesamten Kabinetts weiteren Auflösungserscheinungen zuvorkam.

Im Laufe des März gingen Sicherheitskräfte in mehreren Städten mit scharfer Munition gegen Demonstranten vor. Zu einem Einschnitt wurde der 18. März, als Heckenschützen in Sanaa 52 Regierungsgegner

töteten. Drei Minister traten aus Protest zurück, bevor Salih mit der Entlassung des gesamten Kabinetts weiteren Auflösungserscheinungen zuvorkam. Danach liefen in rascher Folge mehrere hohe Offiziere, Stammesführer, Politiker und Diplomaten zu den Regierungsgegnern über – an ihrer Spitze der zweithöchste General des Landes und Kommandeur der Operation gegen die Huthi-Rebellen, Ali Muhsin, und der wichtigste Stammesführer Sadiq al-Ahmar. Die Absetzbewegungen zogen Kreise bis in den Generalstab hinauf; in der Folgezeit kam es wiederholt zu Gefechten zwischen Salih-loyalen Truppen und Armeeeinheiten unter der Führung einer Gruppe von Generälen, die sich auf die Seite der Opposition gestellt hatten.

Nachdem mehrere Kompromissvorschläge des Präsidenten und der organisierten Opposition jeweils von der Gegenseite zurückgewiesen worden waren, schaltete sich im April der Golf-Kooperationsrat (GCC) ein, zum dem Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Kuwait, der Oman und Katar gehören, während der Jemen selbst sich seit geraumer Zeit um eine Aufnahme bemüht. Ziel der Initiative war es, Präsident und Opposition zu einer verhandelten Übergangslösung zu bewegen. Zweimal wurde im Prinzip eine Einigung erreicht, doch Salih ließ die Unterzeichnung eines Abkommens jeweils in letzter Minute platzen, zuletzt am 22. Mai. In Sanaa brachen daraufhin schwere Gefechte zwischen Salih-getreuen Sicherheitskräften und den Stammeskämpfern Sadiq al-Ahmars aus.

Auch in anderen Landesteilen brach die öffentliche Ordnung zusehends zusammen. In Saada im Norden überließ die Armee den Huthi-Rebellen mit dem Rückzug General Muhsins faktisch das Feld. In der Provinz Abyan im südlichen Jemen brachten militante Islamisten mehrere Gebiete unter ihre Kontrolle, darunter auch die Hauptstadt Zinjibar. Zehntausende Menschen flohen vor den dortigen Kämpfen. Ende Juni gelang es 57 inhaftierten Islamisten mit Verbindungen zu Al-Qaida, aus einem Gefängnis im Hadramaut auszubrechen.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Gewalt am 3. Juni, als Salih und mehrere weitere Spitzenpolitiker bei einem Granatenangriff auf die Moschee des Präsidentenpalasts schwer verletzt wurden. Salih musste sich daraufhin monatelang in Saudi-Arabien medizinisch behandeln lassen; entgegen mancher Erwartung nutzte das Königreich diese Gelegenheit jedoch nicht, um ihn an einer Rückkehr zu hindern und den Machtkampf im Jemen damit zu entscheiden. Nach wochenlangem Stillstand

präsentierte die Opposition Mitte August eine Art nationalen Übergangsrat, dem neben Parteipolitikern auch Jugend- und Stammesvertreter sowie übergelaufene Militärs angehören – und der von einem Vertrauten

Salihs sofort für illegitim und verfassungswidrig erklärt wurde. Als Salih Ende September schließlich ins Land zurückkehrte, brachen in Sanaa umgehend neue Gefechte zwischen Truppen des Präsidenten und Gefolgsleuten Generals Muhsins sowie Sadiq al-Ahmars aus.

Als Salih Ende September ins Land zurückkehrte, brachen in Sanaa umgehend neue Gefechte zwischen Truppen des Präsidenten und Gefolgsleuten Generals Muhsins sowie Sadiq al-Ahmars aus.

Eine Rücktrittsankündigung Salihs Anfang Oktober blieb zunächst folgenlos. Erst nachdem die internationalen Vermittlungsbemühungen auf der Grundlage des GCC-Vorschlags bis zum Weltsicherheitsrat eskaliert waren, unterzeichnete Salih in der saudischen Hauptstadt Riadh Ende November ein Abkommen mit Oppositionsführern. Darin sagte er zu, seine Befugnisse mit sofortiger Wirkung auf seinen Stellvertreter Abd Rabbu Mansur Hadi übertragen; bis zur Wahl eines neuen Präsidenten soll Salih aber formell seinen Titel behalten. Teile der Protestbewegung wiesen das Abkommen umgehend zurück, nicht zuletzt weil es Salih Straffreiheit zusichert.

INFORMELLE MACHTSTRUKTUREN

Mit einigem Stolz nimmt der Jemen für sich ein Anspruch, die einzige Demokratie auf der arabischen Halbinsel zu sein. Bei der jüngsten Präsidentenwahl im Jahr 2006 bewarben sich mehrere Kandidaten um das Amt, und einigen Unregelmäßigkeiten zum Trotz erzielte Salihs wichtigster Gegenkandidat Faisal bin Schamlan mit 21,8 Prozent ein respektables Ergebnis. Auch das parlamentarische System ist vergleichsweise weit entwickelt; die wichtigste Oppositionsgruppierung, die gemäßigt islamistische Islah-Partei,

war in der Vergangenheit sogar an der Regierung beteiligt. Die eigentlichen, informellen Herrschaftsstrukturen werden jedoch durch diese institutionelle Fassade nur schwach bemäntelt. Ein Beispiel dafür ist Vizepräsident Hadi, der nun für eine Übergangszeit zwar formell die Macht inne hat, in Wirklichkeit aber bisher nie als wichtiger Spieler im Gefüge der jemenitischen Politik aufgefallen ist; seine wichtigste Rolle dürfte lange darin bestanden haben, aufgrund seiner Herkunft als Aushängeschild für eine angemessene Repräsentation des Südens in der Regierung zu dienen.

Das tatsächliche politische Machtzentrum lässt sich als Serie konzentrischer Kreise veranschaulichen, in deren Zentrum Präsident Salih steht. Unmittelbar um ihm herum

gruppieren sich einige enge Verwandte;

Insgesamt rund 50 Personen bilden den inneren Kreis des Regimes: Sie kontrollieren die wichtigsten militärischen Positionen sowie wesentliche Teile der jemenitischen Wirtschaft einschließlich des Ölgeschäfts.

weiter außen folgt die Elite des Sanhan-Stammes, dem Salih wie auch der im März zu seinen Gegnern übergelaufene General Ali Muhsin angehören. Diese insgesamt rund 50 Personen bilden den inneren Kreis des

Regimes: Sie kontrollieren die wichtigsten militärischen Positionen ebenso wie wesentliche Teile der jemenitischen Wirtschaft einschließlich des Ölgeschäfts und der Schattenwirtschaft.

Ebenfalls Teil des Regimes, wenn auch außerhalb dieses inneren Kreises stehend, sind beispielsweise wichtige Anführer der beiden wichtigsten Stammeskonföderationen, der Haschid und der Bakil, sowie eine Anzahl religiöser Persönlichkeiten. Die offiziellen staatlichen Strukturen dienen dagegen vor allem als zusätzliche Möglichkeit, um das Patronage-Netzwerk des Präsidenten über den Wirkungsbereich traditioneller, informeller gesellschaftlicher Strukturen hinaus zu erweitern.

Zu den Eigenheiten des jemenitischen Regimes gehört, dass die meisten Mitglieder seines inneren Kreises öffentlich gar nicht bekannt sind. Die wenigen bekannten Namen genügen aber, um einen Eindruck von der Geschlossenheit dieses Machtapparats zu vermitteln. So befiehlt Salihs ältester Sohn Ahmed, der lange Zeit als Wunschnachfolger des Präsidenten galt, die etwa 30.000 Mann starke Republikanische Garde, eine Elitetruppe mit besonders

guter Ausbildung und Ausrüstung. Zusammen mit Salihs Neffen Tariq, dem Kommandeur der Präsidentengarde, ist er für den Schutz der persönlichen Stellung des Staatshaupts zuständig. Andere wichtige Positionen besetzen zum Beispiel Salihs Halbbruder Mohammed als Kommandeur der Luftwaffe, sowie zwei weitere Neffen, Yahya als Vize-Kommandeur der Central Security Forces, einer dem Innenministerium zugeordneten paramilitärischen Polizeitruppe, und Ammar als Vizechef des National Security Bureau, einem direkt dem Präsidenten unterstehenden Geheimdienst.

Die vielleicht schillerndste Figur aus dem inneren Machtzirkel Salihs ist der mit dem Präsidenten nur entfernt verwandte General Ali Muhsin al-Ahmar, der bis zu seinem Überlaufen ins Lager der Regierungsgegner als zweitmächtigster Mann des Landes galt. Er leistete Salih entscheidende militärische Schützenhilfe, als der 1978 das Machtvakuum nach dem Tod von Präsident Ahmed al-Ghaschmi nutzte, um im damaligen Nordjemen an die Macht zu gelangen. Die Unterstützung der Sanhan-Stammeselite bei der damaligen wochenlangen Machtprobe soll in eine informelle Absprache gegossen worden sein, die als „der Pakt“ (*al-ahd*) bezeichnet wird und nicht nur die Führungsrolle Salihs festschrieb, sondern auch den Anspruch Muhsins auf seine Nachfolge.

Als Salih 2001 seine Amtszeit als Präsident von fünf auf sieben Jahre verlängern ließ und sich damit die Möglichkeit schuf, bis 2013 im Amt zu bleiben, soll dies in der Stammeselite der Sanhan als Versuch verstanden worden sein, seinen Sohn Ahmed als Nachfolger zu installieren: Der hätte durch die Reformen rechtzeitig vor dem Ende der Amtszeit das vorgeschriebene Mindestalter von 40 Jahren erreicht. Dies wäre ein klarer Verstoß gegen den „Pakt“, weshalb Salihs Bestrebungen Muhsin (wenn auch nicht unbedingt aus persönlichem Interesse am Präsidentenamt) und andere aufgebracht haben soll.

Salih und Muhsin gelten seitdem als Konkurrenten, und die militärische Rolle des Generals ist merklich beschnitten worden. So gehen einige Beobachter davon aus, dass der Präsident den Konflikt mit den Huthis – der in die von Muhsin befehligte Nordwestregion des Jemen fällt –

bewusst zur Schwächung des mächtigen Konkurrenten instrumentalisierte.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob Ali Muhsins augenscheinliches Überlaufen zur Opposition in Wirklichkeit nicht eher ein Versuch war, sich im internen Machtkampf mit Salih beizeiten auf die Seite mit den größeren Fußtruppen zu schlagen, um sich als starker Mann für eine Zeit nach Salih in Position zu bringen.

SALIHS UN DURCHSICHTIGE GEGENSPIELER

Eine Schlüsselfigur im undurchsichtigen jemenitischen Machtgefüge war bis zu seinem Tod im Jahr 2007 auch Scheich Abdullah al-Ahmar, das jahrzehntelang unumstrittene Oberhaupt der Haschid, der zwar kleineren, aber einflussreicheren der beiden großen Stammeskonföderationen. Als zentraler Mittler zur Stammeselite, Mitbegründer der Islah-Partei als wichtigster Oppositionsgruppierung, langjähriger Parlamentspräsident und wichtiger Vertrauensmann Saudi-Arabiens war er theoretisch in der Position, einen mächtigen Gegenspieler Salih abzugeben. Faktisch war er aber lange eine tragende Säule des Regimes, an dessen Pfründen die Haschid mit wichtigen Posten in Militär und Bürokratie beteiligt wurden.

Diese ambivalente Rolle lässt sich am wechselhaften politischen Kurs der Islah-Partei veranschaulichen. Gegründet 1990 im Kontext der Vereinigung, vereint die Partei Stammeseliten, die gemäßigten Islamisten der Muslimbruderschaft und teils radikalere Salafisten – ursprünglich mit

Die Islah, die mit Abstand am besten organisierte oppositionelle Gruppierung, bietet mit ihrem islamistischen Charakter theoretisch eine ideologische Alternative zum Regime, auch wenn sie keine ausgesprochene Programm-Partei ist.

der Absicht, negative Einflüsse der marxistischen ehemaligen Regierungspartei Südjemens, der Jemenitischen Sozialistischen Partei (YSP), auf die traditionellen Gesellschaftsstrukturen des Nordens abzuwehren. Innerhalb der Opposition ist die Islah die mit

Abstand am besten organisierte Gruppierung und bietet mit ihrem islamistischen Charakter theoretisch eine ideologische Alternative zum Regime, auch wenn sie in der Praxis keine ausgesprochene Programm-Partei ist. Sie verfügt über eine breite Mitgliederbasis, zu der beispielsweise auch Tawakkul Karman zählt – was die Aktivistin in den Augen liberaler Kritiker verdächtig macht, eine

verdeckte islamistische Agenda zu verfolgen. Und ähnlich wie die Muslimbruderschaft in Ägypten oder die Hamas in den Palästinensergebieten wirkt die Islah nicht zuletzt durch ihre karitative Arbeit weit in die Gesellschaft hinein.

Zur Parlamentswahl 1993 trat die Islah noch in einem Bündnis mit dem Allgemeinen Volkskongress (GPC) von Präsident Salih an und war anschließend von 1994 bis 1997 an der Regierung beteiligt. Bei der ersten direkten Präsidentenwahl 1999 unterstützte sie Salihs Kandidatur und verhinderte zusammen mit dem GPC, dass der Herausforderer der YSP zur Wahl zugelassen wurde.

Später verschlechterten sich jedoch – offenbar vor dem Hintergrund der Machtkämpfe innerhalb des inneren Machtzirkels – die Beziehungen zwischen Salih und Scheich al-Ahmar immer mehr, und im Vorfeld der Präsidentenwahl 2006 schloss sich die Islah mit der YSP und mehreren kleineren Parteien zum Oppositionsbündnis JMP zusammen, innerhalb dessen die Islah die mit Abstand zahlenstärkste und bestorganisierte Einzelkraft darstellt. Entgegen mancher Erwartung besteht dieses Bündnis bis heute fort; tatsächlich scheinen sich seine Mitglieder mittlerweile dauerhaft gegen das Regime gewandt zu haben.

Dennoch vermieden diese Parteien es bis zum Beginn der Protestbewegung sorgsam, das Regime direkt herauszufordern und eine ernsthafte Alternative zu seinem vielbeklagten System der Korruption und Patronage aufzuzeigen, geschweige denn dagegen eine Massenmobilisierung zu versuchen. Vielmehr konnte das taktierende Verhalten der JMP als Versuch interpretiert werden, den eigenen Anteil an den zu verteilenden Pfründen zu sichern oder zu vergrößern. Ihre Glaubwürdigkeit bei vielen der Anti-Regime-Demonstranten hat die Opposition damit verspielt.

Das taktierende Verhalten der Opposition vor den Protesten kann als Versuch interpretiert werden, den eigenen Anteil an den zu verteilenden Pfründen zu sichern. Ihre Glaubwürdigkeit hat die Opposition damit verspielt.

Seit dem Tod des Stammes-Patriarchen Abdullah al-Ahmar ist dessen Führungsrolle in unterschiedlichem Ausmaß auf seine zehn Söhne übergegangen. Die formal wichtigste Position als Oberhaupt der Haschid liegt nun beim ältesten von ihnen, dem 1956 geborenen Sadiq al-Ahmar. Dieser ist politisch weniger stark in Erscheinung getreten als sein

Vater, hielt aber schon vor Beginn der Proteste eine gewisse Distanz zum Regime. Nach dem Massaker vom 18. März trat er aus der Salih-Partei GPC aus.

Stärker im Rampenlicht gestanden hat lange Hamid al-Ahmar, ein Bruder Sadiqs, der vor allem als im Telekom-Geschäft erfolgreicher Geschäftsmann, Milliardär und Medienunternehmer bekannt ist. Seit 2006 hat er sich zunehmend im Oppositionsbündnis JMP engagiert und ist als dessen Großfinancier sowie als lautstarker Salih-Kritiker aufgetreten, obwohl seine langjährigen Verstrickungen mit dem Regime ihm wirtschaftlich sehr zugute gekommen sind. Auch der Protestbewegung gewährte er frühzeitig finanzielle Unterstützung. Im Zuge der Proteste forderte Hamid al-Ahmar den Präsidenten Ende März auf, umgehend das Land zu verlassen; bei den späteren Straßenkämpfen wurde seine Residenz weitgehend zerstört.

Den demonstrierenden Jugendlichen wie auch manchem im JMP ist Hamid al-Ahmar aufgrund seiner langjährigen Nähe zum Regime dennoch suspekt. Trotzdem könnte er einer der Profiteure eines neuen Machtarrangements werden, wenngleich er nicht unbedingt als präsidial gilt. Spekuliert wird aber, dass er künftig von einem Posten in der zweiten Reihe als starker Mann im Hintergrund die Fäden ziehen könnte.

Auch von al-Zindani, dem wohl einflussreichsten islamistischen Prediger Jemens, erhielt die Protestbewegung Unterstützung. Ihm wird eine größere Nähe zu Muhsin als zum Regime nachgesagt.

Eine herausgehobene Rolle im Ahmar-Clan hat daneben Hussein al-Ahmar, der enge Kontakte zu vielen Stammesführern hält und das besondere Vertrauen Saudi-Arabiens genießt. Im Konflikt mit den Huthis hat er Stammesmilizen mobilisiert, aber auch angeboten, als Vermittler zu fungieren. Im Zuge der Anti-Regime-Proteste schloss er sich schon im Februar den Salih-Gegnern an und forderte vor Tausenden Stammesangehörigen in Amran im Norden des Jemen dessen sofortige Ausreise. Dass Hussein al-Ahmar für sich in Anspruch nimmt, für die Stämme in ihrer Gesamtheit zu sprechen, ist allerdings auf Widerspruch ranghoher Scheichs gestoßen, von denen längst nicht alle seine Abwendung vom Regime mitvollzogen.

Kontroverse Unterstützung hat die Protestbewegung auch von Abdulmajid al-Zindani erhalten, dem wohl einflussreichsten islamistischen Prediger Jemens. Zindani gehört zu den Gründern der Islah-Partei, steht an der Spitze einer wichtigen Kleriker-Vereinigung und hat eine große Anhängerschaft unter den Tausenden jemenitischen Afghanistan-Heimkehrern. Nach der Vereinigung 1990 gehörte er dem fünfköpfigen Präsidialrat an, der die Übergangsregierung ernannte. Auch bei späteren Gelegenheiten soll Zindani Salih beraten haben. Größere Nähe wird ihm aber zu Ali Muhsin sowie zum Ahmar-Clan nachgesagt. Dennoch hielt Salih seine schützende Hand über den Prediger, als die USA diesen vor einigen Jahren wegen mutmaßlicher Unterstützung Al-Qaidas belangen wollten.

Für den Präsidenten war es deshalb ein schwerer Schlag, als sich Zindani am 1. März in einer vielbeachteten Rede vor den Demonstranten in Sanaa gegen ihn wandte. Salih habe die Macht mit Gewalt errungen und verteidigt und werde nur durch die Gewalt des Volkes von der Macht zu vertreiben sein. „Das Kalifat kommt“, verkündete er von der Bühne – nicht unbedingt das, was sich viele säkular orientierte Demonstranten erhofft hatten.

Episoden wie diese zeigen, dass die Protestbewegung in dem Maße, in dem prominente Regimevertreter zu ihr überlaufen, auch stets Gefahr läuft, ein Stück Deutungs-hoheit über ihre Ziele und Mittel einzubüßen. Mehr noch, je prominenter die Überläufer, desto unklarer ist, ob sie sich aus Überzeugung gegen Salih stellen oder nur versuchen, sich in eine günstige Ausgangsposition für eine neue Ordnung zu manövrieren. Hier zeigt sich die Kehrseite einer ebenso wie in Tunesien und Ägypten spontanen, ohne einflussreiche Anführer auskommenden Revolte: Sobald es jenseits der Proteste gegen das bestehende Regime um konkrete Verhandlungsprozesse geht, hat die Bewegung den routinierten Winkelzügen der etablierten politischen Kräfte wenig entgegenzusetzen.

Sobald es jenseits der Proteste gegen das bestehende Regime um konkrete Verhandlungsprozesse geht, hat die Bewegung den routinierten Winkelzügen der etablierten politischen Kräfte wenig entgegenzusetzen.

WIDERSPRÜCHLICHE EINFLUSSNAHME DES AUSLANDS

Dies zeigt sich am deutlichsten daran, dass die Jugendlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen als eigentliche Träger der Protestbewegung in die Vermittlungsbemühungen des Auslands überhaupt nicht einbezogen wurden. Ob die Schaffung des Übergangsrats daran etwas ändert, muss sich erst noch zeigen. Bisher haben sich internationale Akteure bei der Suche nach Ansprechpartnern für die Aushandlung eines politischen Übergangs im Jemen jedenfalls an die etablierte Opposition gehalten. Die aktivste Rolle hat dabei der Golf-Kooperationsrat übernommen.

Dessen mit Abstand größtes und politisch gewichtigstes Mitglied Saudi-Arabien ist zweifellos am stärksten von der politischen Entwicklung im Jemen betroffen. Beide Länder teilen eine fast 1.800 Kilometer lange, durch Gebirgs- und Wüstengegenden verlaufende Grenze und sind historisch durch politische und wirtschaftliche Beziehungen verbunden. Belastet war dieses Verhältnis in jüngerer

Das Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und dem Jemen war durch Salihs Entscheidung, sich im Golfkrieg auf die Seite Saddam Hussein zu stellen, belastet.

Vergangenheit durch Salihs Entscheidung, sich im Golfkrieg auf die Seite des irakischen Machthabers Saddam Hussein zu stellen. Außerdem fürchtet das Königreich das Einsickern von Extremisten über die schwer kontrollierbare Grenze.

Praktisch gestaltet werden die Beziehungen zwischen beiden Ländern weniger von den jeweiligen Außenministerien oder anderen offiziell zuständigen Gremien als von einzelnen saudischen Prinzen sowie den ihnen unterstehenden Ministerien. Diese haben in der Vergangenheit unterschiedliche, mitunter entgegengesetzte Ziele verfolgt und dazu erhebliche finanzielle Mittel eingesetzt. Die Führungsrolle auf saudischer Seite oblag dabei lange dem im Oktober gestorbenen Verteidigungsminister Kronprinz Sultan, der sich über Jahrzehnte ein umfangreiches Einfluss- und Informantennetzwerk beim südlichen Nachbarn aufgebaut hatte. Vor dem Jahr 2000 verfügte das dem Sultan unterstehende Sonderbüro für Jemenitische Angelegenheiten dafür über rund 3,5 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Beispielsweise bekam Abdullah al-Ahmar vor seinem Tod zuletzt 800.000 US-Dollar monatlich gezahlt. Die Bedeutung dieser Praxis soll zwar im vergangenen Jahrzehnt abgenommen haben;

dennoch erhielten offenbar noch Anfang 2011 Tausende Jemeniten regelmäßige direkte Zahlungen. Der schwer erkrankte Prinz Sultan galt jedoch seit spätestens Ende 2010 als faktisch amtsunfähig.

Spätestens mit seinem Tod haben sich die Gewichte in der saudischen Jemen-Politik zu anderen Akteuren verschoben. Eine zunehmend wichtige Rolle haben zuletzt das Innenministerium unter dem nun zum Kronprinzen aufgerückten Nayef sowie dessen für die Terrorismusbekämpfung zuständiger Sohn und Stellvertreter Mohammed gespielt. Auch Geheimdienstchef Prinz Muqrin hat unter anderem mit Blick auf die Aktivitäten von Al-Qaida zunehmendes Gewicht. Insgesamt hat es zuletzt jedoch mehr denn je an einer konsistenten saudischen Jemen-Politik gemangelt.

Inwieweit Saudi-Arabien zunächst aktiv daran interessiert war, Präsident Salih zu stützen, ist deshalb nicht ohne Weiteres zu beantworten. In den vergangenen Jahren machte sich in Riadh offenbar zunehmende Unzufriedenheit darüber breit, dass Hilfgelder für den armen südlichen Nachbarn selten ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt wurden; trotzdem dürften zumindest Teile des Königshauses aber ein Interesse gehabt haben, den fragilen jemenitischen Staat nicht zusätzlich zu schwächen. In jedem Fall hielt sich Saudi-Arabien bis zum Frühjahr mit öffentlicher Kritik an Salih zurück. Erst nachdem General Muhsin sich von ihm abwandte und damit die Krise eskalierte, warf das Königreich sein Gewicht hinter die GCC-Vermittlungsinitiative, um den Präsidenten aus dem Amt zu drängen.

Auch die Vereinigten Arabischen Emirate haben eine Tradition erheblicher Hilfszahlungen an den Jemen und betrachten die Situation dort mittlerweile als eines ihrer größten Sicherheitsrisiken. Qatar wiederum versucht seit einiger Zeit, sich mit diversen internationalen Vermittlungsinitiativen als diplomatisches Schwergewicht zu etablieren; im Huthi-Konflikt hat das Golf-Emirat seit 2008 eine Mittlerrolle übernommen. Insofern war es wenig überraschend, dass sich beide Länder aktiv in die Bemühungen des GCC einschalteten. Erstaunlicher war, dass es überhaupt zu einer solchen gemeinsamen Initiative kam,

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben eine Tradition erheblicher Hilfszahlungen an den Jemen und betrachten die Situation dort mittlerweile als eines ihrer größten Sicherheitsrisiken.

taten sich die Staaten des institutionell schwach entwickelten GCC in der Vergangenheit doch schwer mit einer gemeinsamen Jemen-Politik. Wahrscheinlich aus Sorge um ein Zerbrechen des Landes haben sie sich jedoch seit dem Frühjahr an die Spitze der internationalen Vermittlungsbemühungen gesetzt, um Präsident Salih zu einer verhandelten Machtübergabe zu bewegen. Diese GCC-Initiativen genießen auch die ausdrückliche Unterstützung westlicher Regierungen.

Die finanzielle Unterstützung des Westens für den Jemen nimmt sich im Vergleich zu den Zahlungen der GCC-Staaten klein aus: Deutschland als einer der wichtigsten bilateralen Geber sagte für die Jahre 2009 und 2010 insgesamt 79 Millionen Euro an Entwicklungshilfe zu. Die USA unterstützten das Land 2010 mit 63 Millionen US-Dollar aus dem Etat des Außen- und mit rund 150 Millionen US-Dollar aus dem des Verteidigungsministeriums. Trotz dieser vergleichsweise geringen Beträge ist die westliche Unterstützung politisch nicht unbedeutend, weil sie zur Legitimierung des Regimes beiträgt. Allerdings wird die Wirksamkeit dieser Hilfe durch mehrere Faktoren stark eingeschränkt.

Westliche Regierungen und Hilfsagenturen stehen vor dem Dilemma, dass sie sich im Interesse von Transparenz und guter Regierungsführung ihre Partner in Ministerien und anderen offiziellen Institutionen suchen müssen.

Zum einen stehen westliche Regierungen und Hilfsagenturen vor dem Dilemma, dass sie sich im Interesse von Transparenz und guter Regierungsführung ihre Partner in Ministerien und anderen offiziellen Institutionen suchen müssen. Damit arbeiten sie sich in vielen Fällen an Stellen ab, die mit den tatsächlichen Einflusskanälen des informellen jemenitischen Machtgefüges nicht viel zu tun haben. Selbst wenn sie Zugang zu den wirklichen Entscheidungsträgern auf jemenitischer Seite fänden, würden sie sich dem Vorwurf aussetzen, undurchsichtige oder gar korrupte Strukturen zu stärken. Schon deshalb ist der praktische Einfluss westlicher Geber ungleich geringer als derjenige der Nachbarstaaten mit ihren tiefen Verstrickungen in die informellen Beziehungsgeflechte der jemenitischen Eliten.

Vor allem aber ist die westliche Hilfe durch einen Zielkonflikt zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik geprägt, den das Regime bislang geschickt zu seinen

Gunsten auszuspielen wusste. Speziell die USA haben seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts mehrfach widersprüchliche Signale an das Regime Salihs gesandt: Einerseits forderte die US-Regierung glaubwürdige politische und wirtschaftliche Reformen und legte zu deren Förderung Multi-Millionenprogramme auf. Andererseits verschärfte sie die Konditionen schlagartig, sobald ihr eine Entspannung der Bedrohungslage durch Al-Qaida im Jemen Luft dazu ließ – oder aber sie legte Mittel zur Reformförderung plötzlich auf Eis, weil der Jemen die Kooperation bei der Terrorbekämpfung schleifen ließ. Im Ergebnis signalisierten die USA dem Salih-Regime auf diese Weise – wenn auch unbeabsichtigt –, dass die Entwicklungspolitik und Demokratieförderung im Zweifelsfall Verhandlungsmasse sind, wenn das übergeordnete Interesse der Terrorbekämpfung dies opportun erscheinen lässt.

Der einseitige Vorrang für Sicherheitserwägungen hat auch die Entwicklung der US-Position zu den Protesten im Jemen gekennzeichnet. Zunächst hielten die USA ungeachtet der Gewalt gegen friedliche Demonstranten an Salih fest und unterstützten die zurückhaltende Haltung der Opposition, die einen Kompromiss mit dem Regime suchte. Die Prämisse lautete zu diesem Zeitpunkt, einen abrupten Wandel selbst um den Preis von Menschenleben zu vermeiden, da Salih weiterhin als Garant für eine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Al-Qaida galt. Noch Anfang März rief ein wichtiger Berater von US-Präsident Barack Obama die jemenitische Opposition deshalb auf, konstruktiv auf das Dialogangebot Salihs einzugehen.

Die Prämisse der US-Außenpolitik lautete noch im März, einen abrupten Wandel im Jemen zu vermeiden. Salih galt weiterhin als Garant für eine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Al-Qaida.

Erst Ende desselben Monats begannen US-Regierungsvertreter, von Salih abzurücken und die GCC-Initiative für einen geordneten Machtwechsel zu unterstützen – und zwar wiederum mit Verweis auf die Sicherheitslage: Die drohe sich weiter zu verschlechtern, solange Salih nichts zur Lösung der Pattsituation mit der Opposition beitrage. Die Protestbewegung hat dieses lange Festhalten an Salih mit Enttäuschung aufgenommen und als Verrat an ihrer Sache kritisiert.

UNGEWISSE PERSPEKTIVEN

Auch nachdem Präsident Salih seinen Rückzug nunmehr schriftlich zugesichert hat, bleibt die politische Zukunft des Jemen völlig unklar. Die zuvor kursierenden Negativ-Szenarien wie ein Bürgerkrieg oder der völlige Zusammenbruch der staatlichen Ordnung sind damit noch keineswegs vom Tisch. Im günstigsten, aber nicht sehr wahrscheinlichen Falle könnten die Turbulenzen eine Art heilsamer Weckruf werden und den Anstoß geben, endlich eine echte Machtteilung sowie verantwortliche und repräsentative Institutionen zu schaffen. Sicher scheint nur, dass ein schneller, reibungsloser Übergang zu einer stabilen neuen Ordnung ausgeschlossen ist.

Zur Unsicherheit trägt bei, dass aufgrund der komplexen Patronagenetzwerke nach wie vor nicht erkennbar ist, wer im Ringen um die tatsächliche Macht die Oberhand gewinnen könnte. So bleibt abzuwarten, inwieweit Salih neben seinem Staatsamt auch effektiven militärischen und wirtschaftlichen Einfluss abgeben wird. Auch war in der Regierungspartei GPC bis zum Schluss keine massenhafte Absetzbewegung von ihm erkennbar. Ebenso hat die Kritik wichtiger Scheichs am Vorpreschen Hussein al-Ahmars gezeigt, dass das Regime noch immer einige Unterstützung in den Stämmen genossen hat.

Anders als in Tunesien und Ägypten entfällt auch die Armee als eigenständige, relativ unabhängige und geschlossen agierende politische Kraft, die ihr Gewicht für die eine Klärung der Machtverhältnisse in die Waagschale werfen könnten: Zu sehr sind verschiedene Militäreinheiten an die Mitglieder des inneren Machtzirkels gebunden, und zu sehr sind in den vergangenen Monaten Spaltungen innerhalb des Militärs offenbar geworden. Damit dürfte die Armee aber auch als stabilisierender Faktor für die Zeit eines Übergangs kaum infrage kommen.

Völlig offen ist schließlich, wer nach dem Machtverzicht Salihis mittelfristig das Ruder übernehmen könnte. Eine dynastische Lösung – also eine demokratisch verbrämte Inthronisierung des Präsidentensohnes Ahmed al-Salih – dürfte nach den Ereignissen der vergangenen Monate

nicht mehr durchsetzbar sein. Ebenso wenig zeichnet sich aber ab, dass die Opposition einen von außerhalb des Regimes kommenden Kandidaten präsentieren kann, der imstande wäre, nicht nur nominell an der Spitze des politischen Systems zu stehen, sondern sich tatsächlich als wirksames Machtzentrum zu etablieren und ein Mindestmaß an Zusammenhalt der divergierenden Kräfte im Jemen durchzusetzen. Es wäre deshalb kaum überraschend, wenn am Ende des monatelangen Ringens einer der prominenten Überläufer aus Salihs innerem Zirkel im Gewand des Oppositionskandidaten in das Präsidentenamt gehievt würde.

Es wäre kaum überraschend, wenn am Ende des monatelangen Ringens einer der prominenten Überläufer aus Salihs innerem Zirkel im Gewand des Oppositionskandidaten in das Präsidentenamt gehievt würde.

Äußerst zweifelhaft ist, ob bei einer solchen Lösung mehr vom Impetus der Protestbewegung übrig bliebe als eine neue Person an der Spitze der bestehenden Patronagenetzwerke. Die jungen Leute und Aktivisten aus der Zivilgesellschaft, die die politischen Umwälzungen im Jemen ins Rollen gebracht haben, müssen also damit rechnen, bei der Gestaltung der politischen Zukunft ihres Landes weitgehend außen vor zu bleiben – außer es gelingt ihnen, sich rechtzeitig eine organisatorische Form zu geben, die sie zur Ausbildung einer klaren Programmatik und zur Aushandlung von Kompromissen mit anderen politischen Akteuren befähigt. Die Vermittlungsbemühungen des Golf-Kooperationsrates haben auf diesen Ausschluss von den Entscheidungsprozessen bereits einen Vorgeschmack geliefert.

Egal wer künftig im Jemen politisch die Fäden in der Hand hält – er wird ein schwer zu beherrschendes Bündel politischer und wirtschaftlicher Probleme erben: Wassernot, sinkende Öleinnahmen, Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit. Keines dieser Probleme ist durch die monatelangen Proteste einer Lösung näher gekommen. Das gleiche gilt für den Huthi-Konflikt, die Sezessionsbewegung im Süden und die Auseinandersetzung mit Al-Qaida.

Für den Westen bedeutet diese verfahrenere Situation ein Dilemma. Gleitet der Jemen in einen Bürgerkrieg ab oder zerfällt die staatliche Ordnung vollends, droht in unmittelbarer Nachbarschaft zu Saudi-Arabien eine Art zweites

Somalia – ein Rückzugsort für militante Islamisten inmitten der auf Stabilität angewiesenen Ölstaaten der Golfregion und eine zweite herrschaftslose Küste nahe den international bedeutsamen Schifffahrtsrouten am Horn von Afrika und dem Bab al-Mandab, der Verbindung zwischen dem Golf von Aden und dem Roten Meer. Tatenlos zusehen ist deshalb keine Option, aber nüchtern betrachtet sind die Einwirkungsmöglichkeiten des Westens sehr begrenzt. Am aussichtsreichsten könnte der Versuch sein, die Nachbarstaaten – und in erster Linie Saudi-Arabien – zum koordinierten, konstruktiven Einsatz ihrer weitaus größeren, auch informelle Kanäle umfassenden Einflussmöglichkeiten zu bewegen.

Dabei sollten sich die westlichen Regierungen auch über ihre eigenen Prioritäten klar werden: Das bisherige unentschlossene Lavieren zwischen Entwicklungsförderung und – im Zweifel vorrangiger – Terrorbekämpfung hatte keine erkennbare positive Wirkung. Sinnvoller wäre eine klare Prioritätensetzung für Wirtschaftsreformen, gute Regierungsführung und Transparenz, die nicht bei der ersten Schwierigkeit mit dem Argument der Sicherheitspolitik über Bord geworfen wird. Nur so wird sich der Westen als glaubwürdiger Partner für Reformkräfte im Jemen etablieren können. Und nur so kann er längerfristig einen Beitrag dazu leisten, dass sich weiterhin große Teile der jemenitischen Bevölkerung nicht von ihrer Regierung repräsentiert fühlen und ihr Heil in Rebellionen, Sezessionsbewegungen oder dem Paktieren mit Islamisten suchen. Zumindest in dieser Hinsicht bietet der Umbruch im Jemen eine selten günstige Gelegenheit zum Umsteuern.

Der Artikel wurde am 25. November 2011 abgeschlossen.